

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stod
Sprechsprecher: Nordsee 8246

Vollstreckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Für den Propagandafonds zum Volksentscheid über den Achtstundentag ist von jedem Mitglied ein Extrabeitrag von mindestens 50 Pf. zu entrichten.

Achtstunden-Volksentscheid.

Die Gewerkschaften bleiben in Bereitschaft!

Die Berner Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens hat die internationalen Voraussetzungen für eine gemeinsame Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch die wichtigsten Industrieländer Europas geklärt.

Nachdem die Ministerkonferenz die abweichenden Auffassungen der Regierungen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Washingtoner Abkommens festgestellt hat, wird sich der deutsche Reichstag schnellstens mit der Schaffung eines dem Washingtoner Abkommen entsprechenden Arbeitszeitgesetzes und der Ratifizierung des Abkommens beschäftigen müssen.

Angesichts der bisher bekanntgewordenen Auffassung der Reichsregierung zur Arbeitszeit und des ungestümen Drängens der deutschen Arbeitgeberverbände nach Verlängerung der Arbeitszeit ist jedoch das Schicksal eines deutschen Arbeitszeitgesetzes, das den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens entspricht, zweifelhaft. Ungewis ist auch die Stellung des Deutschen Reiches zur Ratifizierung des Abkommens.

Die Gewerkschaften haben den Volksentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbereitet. Da der Volksentscheid sofort durchzuführen ist, wenn der Reichstag bei der Schaffung der Gesetze verlagert, müssen die bereits eingeleiteten Geldsammlungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volksentscheides mit der größten Beschleunigung fortgesetzt und durchgeführt werden.

Kein Arbeiter, Angestellter, Beamter darf sich der Pflicht entziehen, seinen Beitrag für die Finanzierung des Volksentscheides zu leisten. Für die deutschen Arbeitshamer gilt der Kampf um den Achtstundentag gleichzeitig der Sicherung einer sozial gerechten Verteilung der Reparationslasten. Darüber hinaus kämpfen die deutschen und die ausländischen Gewerkschaften gemeinsam für den kulturellen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Welt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Grafmann.

Allgemeiner Angestelltenbund.
Auffhäuser und Stehr.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Falkenberg.

Unser Jahrbuch für 1923.

Die diesjährigen Berichte des Verbandsvorstandes bieten unseren Mitgliedern und allen Interessenten eine Fülle vorzüglichen Anschauungsmaterials über die Tätigkeit der Gesamtorganisation im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr. Sie sind neben dem Rechenschaftsbericht zugleich wertvolle Wegweiser für die Zukunft. Beigen sie doch jedem, der sich mit dem Inhalt des Jahrbuches eingehend beschäftigt, daß wieder ein mehr oder weniger großer Schritt in der Richtung unserer Ziele nach vorwärts getan ist. Von Jahr zu Jahr erwachsen uns neue Aufgaben, so daß die Kampffront verbreitet wird und es unumgekehrt des festen Zusammenhaltes und des zielklaren Willens aller Berufstätigen bedarf, um die entgegenstehenden Widerstände zu überwinden oder sie zu beseitigen. Mehr als jemals zuvor häuften sich im Berichtsjahre die Schwierigkeiten für die Arbeiterschaft und besonders

auch für unsere Gewerkschaften. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen gleich nach Beginn des Jahres 1923 lähmte das ohnehin schon daniederliegende Wirtschaftsleben. Wohl hat die damalige Reichsregierung unter dem „Wirtschaftsachverständigen“ Cuno eine Stabilisierung unserer Mark durch Einsetzen aller Goldreserven der Reichsbank versucht, ohne den endgültigen Zusammenbruch des ganzen Währungssystems um länger als einige Wochen aufhalten zu können. In dem Abschnitt „Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt im Jahre 1923“ sind die verheerenden Folgen der gegen den Widerspruch der gesamten Arbeiterschaft und ihrer Vertreter durchgeführten Inflationspolitik näher dargestellt. Jede ehrliche Kalkulation war im Geschäftsleben durch das Treiben profitgieriger und gewissenloser Produktions- und Handelspiraten unmöglich gemacht. Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung konnte der wahnstürmigen Preisfestsetzung mit Wiederbeschaffungs- und Risikoprämien, die noch durch den ohnehin stark fühlbaren Rohstoff- und Warenmangel verschärft war, nicht folgen. Die Preise für alle lebensnotwendigen Güter und Bedarfsartikel waren schließlich stündlichen Veränderungen unterworfen. Handel und Wandel und nicht zuletzt die Gütererzeugung gerieten ins Stocken; die Arbeitslosigkeit nahm trassere Formen an als jemals zuvor.

In einer tabellarischen Uebersicht ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt der Mitglieder sämtlicher deutschen Gewerkschaften seit 1918 zusammengestellt, wie sie durch die monatlichen Erhebungen für das Reichsarbeitsamt ermittelt wird. So niederdrückend auch das Ergebnis dieser Umfragen im vergangenen Jahre war, so wird es doch von den tatsächlichen Verhältnissen im Malergewerbe noch weit übertroffen. Ende Dezember 1922 kamen auf 100 Mitglieder unseres Verbandes 9,7 Arbeitslose. Deren Zahl stieg bis Ende Januar 1923 auf 12,7, Ende Februar auf 14,7 und betrug am Schluß des ersten Vierteljahres noch 11,8. Den günstigsten Stand des ganzen Jahres erreichten wir im Juli mit 2,8 %, dann ging es rasend abwärts; denn im August stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 10,5 %, im September auf 20,2 %, im Oktober auf 39,8 %, im November auf 45,8 % und im Dezember auf 53,9 %, um dann erst im Januar mit 54,5 vom Hundert unserer Mitglieder den höchsten Punkt der Kurve zu erreichen. Das Malergewerbe lag eben vollständig brach; ein Teil der Mitglieder hatte sich andern Berufen zugewandt oder war bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Da die Unterstützungsanstalten vom Verbands wegen Mangels an Mitteln aufgehoben werden mußten, lockerte sich die Verbindung mit den Mitgliedern; viele Arbeitslose haben sich nicht mehr gemeldet, so daß das ganze Glend des Berufes in den vorstehenden Zahlen noch gar nicht voll zum Ausdruck kommt. Auch in der Industrie und den Vadianereibetrieben griff die Arbeitslosigkeit immer weiter um sich; in der Regel ging hier der Entlassung eine längere Nutzarbeitsperiode voraus. Unfassbar stieg die Not in Arbeiterkreisen. Das Einkommen, an und für sich schon unzulänglich, entwertete auf dem Wege beim Einkauf der Lebensmittel; die Enteignung der Besitzlosen ist gründlich und bis zum bitteren Ende durchgeführt worden.

Nach späteren Feststellungen hat die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten nachweislich über 80 vom Hundert der Angehörigen unseres Berufes betroffen. Es ist ein Zeichen der verrückten kapitalistischen Wirtschaftsweise, daß das gesamte Baugewerbe mit allen Baunebenberufen still liegt, während Millionen von Volksgenossen ohne Wohnung sind oder in durchaus unzulänglichen, überfüllten und durch langen Gebrauch gesundheitschädlichen Räumen

hausen müssen. Der Verbandsvorstand hat in Eingaben an das Reichsgesundheitsamt und das Reichsarbeitsministerium auf die vielseitigen Gefahren für die Volksgesundheit und die Volkswohlfahrt hingewiesen. Er hat weiter veranlaßt, daß die aufgestellten Forderungen den Stadtverwaltungen und allen zuständigen Behörden in der geeigneten Form unterbreitet wurden. Wenn durch die angewandte produktive Erwerbslosenfürsorge die Not in vielen Fällen gelindert worden ist, so haben die Notmaßnahmen des Verbandes daran nicht zum geringsten Teile mitgewirkt.

Auch auf den Gebieten des Gesundheits- und Unfallschutzes sowie für den allgemeinen Bauarbeitererschutz ist der Verband fortgesetzt tätig gewesen. Die Erfolge in der Bekämpfung der Blei- und sonstigen giftigen Farben sind nur den unablässigen Bemühungen unserer Organisation zu danken. Aber es erwachsen uns in Gestalt von neuen Bindungs- und Verdünnungsmitteln chemischen Ursprungs täglich neue Feinde gegen Leben und Gesundheit im Berufsleben. In der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Hygienikern, Ärzten und nicht zuletzt der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene werden unsere diesbezüglichen Bestrebungen weiter gefördert, wie es auch bisher schon gelungen ist, drohende Gefahren zu beseitigen oder zu mildern. Der geplante Abbau der Sozialpolitik muß uns Veranlassung sein, alle Kräfte zum Widerstand gegen die volksfeindlichen Pläne zur Schädigung der arbeitenden Bevölkerung zu sammeln.

Unter den verheerenden Einflüssen eines fast fünfjährigen Krieges und seiner Folgen hat unser Beruf mehr gelitten, als für seine normale Fortentwicklung tragbar war. Hinzu kommt noch, daß die Bestrebungen sogenannter Innenarchitekten und sonstiger Aesthetiker eine Verflachung und Rüsternheit in das ausübende Malergewerbe brachten, die diesem nicht zum Vorteile gereichten. Die Heranziehung eines talentierten und leistungsfähigen Nachwuchses unterblieb, umsomehr, als weite Arbeitgeberkreise in völliger Verkennung einer gesunden Berufspflege nicht nur nichts unternahmen, um junge Kräfte heranzuziehen und für deren Ausbildung Sorge zu tragen, sondern durch bewußte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Niedrighaltung der Entschädigungsätze für Lehrlinge, strebsame junge Leute von der Erlernung des Malerberufes zurückstießen. Indem man sich auf veraltete Bestimmungen der Gewerbeordnung stützt, glaubt man auch fernerhin den Arbeitnehmerorganisationen jeden Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse des beruflichen Nachwuchses vorzuenthalten zu können. Es gehört deshalb zu unsern vornehmsten Aufgaben, uns energisch für eine angemessene Bezahlung und bessere berufliche Ausbildung unserer jugendlichen Berufsbeflissenen einzusetzen und deren Interessen immer und überall nach bestem Können zu vertreten.

Wenn es vorerst auch nur teilweise und nur in einigen Orten gelungen ist, die Arbeitsbedingungen für unsere Lehrlinge tariflich zu regeln, so können sich die Unternehmer dem Drängen der organisierten Gehilfenschaft auf die Dauer doch nicht entziehen, und unser Einfluß wird um so stärker werden, je mehr wir uns auch um die berufliche Erträglichkeit bemühen. Dieser Zweck wird durch den monatlich erscheinenden „Malerlehrling“ begünstigt und durch die kostenfreie Ueberlassung geeigneter Malvorlagen in modernen, den neuzeitlichen Stilrichtungen entsprechenden farbigen Vorlagetafeln tatkräftig unterstützt.

Der Abschnitt „Allgemeine Tätigkeit des Vorstandes“ zeigt, daß sich die Aufgaben des Verbandes im Vorjahre durchaus nicht in den unzähligen Lohnbewegungen und Verhandlungen erschöpften, wie mancher Fernstehende oft

zu Unrecht anzunehmen geneigt ist. Unter dem Druck der anomalen Wirtschafts- und Verhältnisse nahmen diese allerdings einen sehr großen Teil der Organisationskräfte in Anspruch. Wer möchte aber zu behaupten wagen, daß in dieser Bewegung zuviel geschehen wäre? Wir werden dem Kapitel der Lohnbewegungen und Streiks einen besonderen Aufsatz widmen und auch noch auf die inneren Angelegenheiten des Verbandes des näheren zu sprechen kommen.

Um sich über den Aufbau, das Wesen und Wirken einer modernen Gewerkschaft zu unterrichten, ist es jedem Kollegen zu empfehlen, auf das demnächst erscheinende Jahrbuch unseres Verbandes für 1923 einige Stunden ernstem Studium und Nachdenken zu verwenden. Wer sich redlich bemüht, dem Streben und der Tätigkeit der verantwortlichen Verbandsfunktionäre einigermassen Verständnis entgegenzubringen, der wird sich auch Erkenntnisse über die notwendigen inneren Zusammenhänge aneignen und dann bei einer anerkannt nützlichen Kritik in den eigenen Reihen seinen Ausführungen jene Schärfe nehmen die selten zum Vorteil der Organisation ausschlägt, meistens aber die Einigkeit und Geschlossenheit stört. Und wir wollen doch alle den Verband und die ganze Arbeiterbewegung fördern!

Der Achtstundentag und die deutsche Wirtschaft.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in einer Eingabe an den Reichswirtschaftsminister die Notwendigkeit des Achtstundentages für die deutsche Wirtschaft nach dem Londoner Abkommen vom 8. August d. J. dargelegt und gegen die Bestrebungen des Unternehmertums, das die Arbeitszeit verlängern will, Stellung genommen. Wir bringen nachstehend den Inhalt dieser Eingabe zur Kenntnis unserer Mitglieder:

In den Schriften der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften wird zurzeit eine lebhafteste Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht — am heißesten umstritten — die Frage der Arbeitszeit. Das ist erklärlich angesichts der schweren Kämpfe, die schon in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges um ihre Festsetzung und in diesem Jahre um die Beibehaltung des Achtstundentages geführt worden sind. Aber das Unternehmertum scheint nicht willens zu sein, aus den Lehren dieser Kämpfe die erforderlichen Schlüsse zum Wohle der Wirtschaft und des Volkes zu ziehen. Seine Wirtschaftspolitik, aus der mit heute die Arbeitsfrage herausgreifen, ist einseitig nur auf eigenes Wohlergehen und auf Befriedigung des Machtgefühls gegenüber den Arbeitern eingestellt.

1. Alle bisher aus Unternehmertreibern veröffentlichten schriftlichen Erzeugnisse haben lediglich nur eine Seite der Arbeitsfrage betrachtet: die wirtschaftliche. Und selbst diese Betrachtungen der wirtschaftlichen Seite waren unklar und meistens häufig recht einseitig und unvollkommen. In den übrigen Seiten der Arbeitszeitfrage, der Hygiene und kulturellen, gingen sie achtlos vorüber. Aber gerade diese Seiten waren es, die schon in der Vergangenheit das Streben der Arbeiterschaft nach achtstündiger Arbeitszeit so leidenschaftlich machten, den letzten wirklichen Achtstundentag in ihrem Bewußtsein

fast heiligten. Weiß doch die heutige industrielle Arbeiterschaft sehr gut, daß ihr natürliches Anrecht auf soviel Freizeit und Schlaf, wie sie zur jeweiligen Wiedererlangung der von Tag zu Tag verbrauchten Kräfte benötigt, nicht nur im Achtstundentag gemeinhin gegeben ist, sondern ohne Schädigung der Wirtschaft gegeben sein kann. Sie verrichtet ihre Arbeit inmitten eines hastenden Mechanismus, kennt die Betriebsvorgänge, die Einteilung der Arbeit, sieht Mängel und Vorteile und weiß aus eigener Überzeugung, die ihr tausend Bücher mit langen Zahlenreihen nicht rauben können, daß bei längerer als achtstündiger Arbeitszeit ihre Kraft und Gesundheit, ihre Anstrengungen und ihr Leben in unvernünftiger, sinnloser, unnötig harter Fron vergeudet werden. Die Arbeiter wollen den Achtstundentag, weil er für die Wirtschaft schädlos, für sie aber gesundheitsfördernd ist. Sie wollen die mit dem Achtstundentag verknüpfte Freizeit nicht in sinnlosem Nichtstun oder gar in gesundheitsschädlichem Trunk verplempern, sie wollen sie vielmehr ausnützen zu Verrichtungen in der häuslichen, zur Erhaltung der Arbeitskraft. Der Weg, der vom Unternehmertum gegangen werden will, ist für die Arbeiterschaft voller Gefahren. Beseitigung des Achtstundentages bedeutet Mehrung der Unfälle, der Tuberkulose, der Nervosität, des Siechtums. Die Arbeiterschaft fühlt am eigenen Leibe, wie der Achtstundentag ihre Arbeitskraft frisch erhält, wie aber umgekehrt die längere Arbeitszeit gesundheitschädliche und daher arbeitskraftraubende Folgen für sie hat. Die Rettung Deutschlands liegt also nicht, wie das Unternehmertum es hinstellt, in der Verlängerung der Arbeitszeit; denn längere Arbeitszeit bedeutet nicht ohne weiteres höhere Arbeitsleistung. Demzufolge ist die Verlängerung der Arbeitszeit kein zwingendes Muß. Im Streben nach Erzeugung höchster Güte und Menge der Waren müssen solche Mittel angewandt werden, die unter möglicher Schonung der Volkskraft, dieses noch einzigen Nationalvermögens, das gesteckte Ziel sicher erreichen. Diese Mittel liegen auf den Gebieten der Arbeitseinteilung und Vervollkommnung der Technik.

2. Nicht minder bedeutend ist die kulturelle Seite der Arbeitszeit. Die deutsche Wirtschaft soll nach den Ergebnissen der Beratungen von London jährlich 2 1/2 Milliarden Goldmark Uberschuss aufbringen. Das wird sie nur dann können, wenn ihre Waren die besten sind, an Wohlfeilheit diejenigen des mit Deutschland im Wettbewerb stehenden Auslandes übertreffen. Sie müssen nicht billig, wohl aber preiswert, d. h. absetzfähig auf dem Weltmarkt sein. Solche erstklassigen Waren, wie sie Deutschland um seiner Befreiung willen braucht, kann ein Volk nur erzeugen, das den übrigen Völkern an Können überlegen ist. Die Voraussetzung zur Erbringung und dauernden Erhaltung solchen überlegenen Könnens ist neben allerbesten körperlicher Gesundheit ein gewisser geistiger Höchststand der deutschen Arbeiterschaft. In den Werken ihrer Arbeit allein ist dies geistige Rüstzeug nimmermehr zu finden. Denn die Arbeit in der zwar technisch nicht mehr auf der Höhe, aber immerhin hochstehenden deutschen Industrie ist bis ins kleinste geteilt. Durch diese Teilarbeit machen Hunderttausende Industriearbeiter Stunde um Stunde, Tag um Tag, jahraus, jahrein dieselbe Hand- und Körperbewegung. Sie bekommen das ganze Werk, an dem sie Teilarbeit geleistet, in den seltensten Fällen zu Gesicht. Freude über das wohlgelungene Gesamtwerk können sie daher naturgemäß nicht empfinden. Sie würden unter der eintönigen, inhaltsleeren geordneten Arbeit stumpfsinnig und deshalb weniger leistungsfähig werden, wenn sie nicht die Möglichkeit hätten, nach vollbrachtem Werke in Ruhe und Erbauung ihren geistigen Gesichtskreis zu erweitern und zu vertiefen. Hierfür ist der Achtstundentag das einzige Mittel, gleichsam die Quelle, aus der schöpferischer Ertrag fließt für die weislos gewordene Arbeit. Wo anders

als aus guten Büchern, in Bildungskursen, den Stätten der Kunst und Wissenschaft soll das arbeitende Volk die Fähigkeiten zur Erfüllung seiner Aufgabe erwerben: Deutschland durch Erzeugung höchster wirtschaftlicher Werte befreien zu helfen? Mit einer an lange Arbeitsfront und daher geistigen Tiefstand gefesselten Arbeiterschaft kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Man kann ihr vielleicht nach langem Kampfe gewalttätig eine längere Arbeitszeit aufzwingen, aber man kann sie nicht zwingen, mit Lust und Liebe zu arbeiten. Das jedoch ist für die Ergiebigkeit der Arbeitsleistung entscheidend. Darum ist es irrig, anzunehmen, verlängerte Arbeitszeit sei gleichbedeutend mit höherer Arbeitsleistung. Die Kämpfe um den Achtstundentag würden auch immer wieder mit neuer Festigkeit losbrechen.

3. Aber auch die wirtschaftliche Seite der Arbeitszeitfrage wird vom Unternehmertum trotz der Fülle seiner Abhandlungen nicht in vollem Umfange gewürdigt. Es ist unseres Erachtens eine fehlerhafte Betrachtungsweise, wenn gesagt wird, die Frage der Arbeitszeit habe vorwiegend eine Frage „der Wirtschaftsbilanz“ zu sein. Eine Regelung der Arbeitszeit für die industrielle Arbeiterschaft Deutschlands ohne Rücksicht auf die mit Deutschland im Wettbewerb stehenden fremden Länder ist unmöglich. Angenommen, die deutsche Wirtschaft würde durch neun- oder zehnstündige Arbeitszeit ergiebiger und ihre Erzeugnisse billiger werden, was wir mit guten Gründen entschieden bestreiten, so darf sich das Unternehmertum doch nicht der Täuschung hingeben, als sähe dann das im Wettbewerb stehende Ausland unläufig ohne Gegenmaßnahmen der Eroberung des Weltmarktes durch die deutsche Industrie zu. Erfahrungen auf diesem Gebiete liegen aus der Inflationszeit genügend vor. Die erfolgreichen Ausstreuungen Englands und der Vereinigten Staaten, das übermäßige Eindringen der damals billigen deutschen Waren auf den Weltmarkt zu verhindern, sind hinlänglich bekannt. Die Folge einer Wirtschaftspolitik, wie sie das Unternehmertum zu machen sich ansieht, wäre der Zusammenschluß aller Industrie- und Handelsstaaten der Welt gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz. Die Entspannung der Lage nach den Londoner Verhandlungen würde erneut zum Unglück der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes einer allgemeinen Erregung der übrigen Welt Platz machen. Die Ausfuhr und der Absatz deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt würden in einer so hoch gespannten Erregung zur Unmöglichkeit. Deutschland könnte die übernommenen Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen. Die Befreiung Deutschlands, die nach der irigen Ansicht des Unternehmertums durch Verlängerung der Arbeitszeit erfolgen soll, würde nicht erreicht. Im Gegenteil wären neue Wirrisse, neue Bedrückungen durch die Siegerstaaten die sichere Folge für Deutschland und seine Wirtschaft.

Es ist jedoch nach den uns vorliegenden, in den Gewerkschaftsblättern veröffentlichten Ergebnissen entschieden zu bestreiten, daß mit der Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitsleistung gesteigert wird. Alle diesem Kapitel gewidmeten zahlenmäßigen Darstellungen des Unternehmertums hätten nur dann Beweiskraft, wenn einwandfrei feststehen würde, daß in den Betrieben, wo der Achtstundentag nach wie vor besteht, die Arbeitsleistung nicht gesteigert worden wäre. Eine solche Behauptung jedoch wagt das Unternehmertum nicht aufzustellen. Es vergleicht in unzulässiger Weise die Arbeitsergebnisse des Achtstundentages aus den Zeiten politischer und wirtschaftlicher Unruhen, der Ruhrbesetzung, der Inflation, kurz aus der Zeit höchster Not Deutschlands mit den Arbeitsergebnissen einer längeren Arbeitszeit von heute, wo sich die Verhältnisse auf allen Gebieten sehr wesentlich gebessert haben. Einwandfrei wäre nur ein Vergleich mit der Arbeitsleistung jener Betriebe, wo der Achtstundentag beibe-

Die Kulturmark.

In „Gewerkschafts-Archiv“ unterbreitet Engelbert Gratz zum Zwecke des Ausbaues der Bildungseinrichtungen den deutschen Gewerkschaften einen beachtenswerten Vorschlag:

In allen Gewerkschaften ist man sich — notgedrungen — darüber einig, daß der Ausbau der Bildungseinrichtungen zu den dringlichsten Erfordernissen der Arbeiterbewegung gehört. Aber es ist bisher nicht gelungen, eine Einbeziehung innerhalb des ADGB zusammenzubringen, die erheblich und unverzüglich an die großzügige und planmäßige Verwirklichung dieser Aufgabe herangetreten wäre. Einem oft gebrauchten Einwand gegen eine umfassende, von der Gewerkschaftszentrale ausgehende Organisation der Bildungsarbeiten ist an dieser Stelle die Spitze abgebrochen worden. Der Einwand, daß es heute noch nicht möglich wäre, eine Bildungsarbeit in so weitem Rahmen auszuführen zu finanzieren.

Das ist aber möglich. Heute schon. Es müßte nur allem dann, wenn es gelingt, in den Gewerkschaften, ihren Vorständen und ihren Mitgliedern den Gedanken zu erwecken, daß sie nicht allein die Aufgabe haben, für den wirtschaftlichen Kampf Opfer zu bringen, sondern auch die zum kulturellen proletarischen Aufbau geschuldet Mittel bereitzustellen.

Das neue Aufgabe fordert nur einen geringen Bruchteil der bisherigen Ausgaben, die für die Führung wirtschaftlicher Kämpfe notwendig sind.

Im jährlichen Kulturbeitrag von 1 (einer!) Mark — an dem sich die achtstündigen Raten zu je 25 J das heißt ein Glas Bier oder 5 Zigaretten — hat monatlich 10 A bei zehn Beitragsmonaten — der 4 Millionen, beitragszahlenden Gewerkschaftsmitgliedern erheben, würde eine Gesamtsumme von 4 Millionen erzielt werden.

Das Budget bedürfen in der Arbeiterbewegung in erster Linie die Höheren aller Grade, vom einfachen Funktionär bis zu den höchsten Verantwortlichen der Verbände. Für sie müssen doch ja allerorts Bildungseinrichtungen geschaffen werden.

Der meisten Bedarf haben erfahrungsgemäß Kurse von 2- bis 4wöchiger Dauer, bei denen die Teilnehmer,

von der Arbeit freigestellt und in Internaten vereint, sich unter fachverständiger Leitung ganz dem Studium widmen können.

An einer solchen Internatschule — die zunächst einmal der Orientierung über die wichtigsten Wissensgebiete besonders für Betriebsräte, Jugendfunktionäre und dergleichen dienen müßte, könnten im Jahre rund 20 Kurse von je zweiwöchiger Dauer stattfinden. Das würde bei einer Hörerbeteiligung von 50 an jedem Kursus 1000 Hörer jährlich ergeben.

Die jährlichen Kosten für eine solche Schule mit Internatsbetrieb würden — vom Gebäude und seiner Einrichtung einmal abgesehen — in runden Ziffern betragen:

1000 Kursussteilnehmer:	
a) Lohnentschädigung: bei 80% Verheirateten 80% des Tariflohnes für Verheiratete als Familienunterstützung à 2 Wochen à 40 M. Tariflohn, rund	52 000 M.
b) Verpflegungskosten: die Portion täglich 2 M. = 14 000 Verpflegungstage	28 000 „
c) Fahrgelebensschädigung	10 000 „
Gehälter für Schulleiter, 2 Lehrer, Schreibhilfe	15 000 „
Entschädigung für Sonderlehrer, Diäten und dergl.	5 000 „
Berater und Dienstpersonal	5 000 „
Unterrichtsmaterial für die Hörer	1 000 „
Lehrmaterial für die Schule	1 000 „
Heizung und Beleuchtung	3 000 „
Sonstige Ausgaben im Schulbetrieb, Bibliothek	3 000 „
	125 000 M.
Dazu Verzinsung von Gebäuden, Einrichtung, Amortisation, Steuern usw.	50 000 „
	175 000 M.

Das sind natürlich keine bindenden Zahlen. Neben die einzelnen Kosten läßt sich streuen — ich habe die Erfahrungen aus der Betriebsrätekursen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zugrunde gelegt.

Runden wir, um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen, auch diese Summe noch ab auf 200 000 M. Mit dieser Summe lassen sich bestimmt die jährlichen Kosten für eine gewerkschaftliche Wirtschaftsschule bestreiten.

Eine Schule, das heißt jährlich 1000 Schulabsolventen auf vier Millionen Organisierte, wäre natürlich immerhin

noch wenig. Zu wenig. Rechnen wir daher einmal vier Schulen — das entspricht 1% der Kursteilnehmer jährlich auf die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder; diese Schulen in die Hauptindustriebezirke eingebettet — etwa Rheinland-Westfalen, Hessen und Württemberg, Sachsen, Brandenburg. Dazu eine besondere höhere Wirtschaftsschule mit Kursen von drei- bis viermonatiger Dauer für Gewerkschaftsbeamte und höhere Führerstellungen; mit doppeltem Etat, entsprechend den höheren Anforderungen für Lehrkräfte usw. Das wären vier Internate zu je 200 000, eins zu 400 000 M., also im ganzen jährlich 1,2 Millionen Mark Kosten.

Das wäre erst wenig mehr als ein Viertel des Beitrages, der durch einen Kulturbeitrag von 1 M. jährlich bei den Gewerkschaften einginge. Der Rest müßte natürlich zunächst einmal zum Ankauf entsprechender Schulgebäude dienen (zu diesem Zweck eignen sich neben unbewohnten Schlössern besonders gut Sanatorien, Hotels und dergleichen in abgelegenen Gegenden, die unseres Wissens zurzeit öfters zum Kauf angeboten werden).

Später können dann, soweit sich nicht die Einrichtung weiterer Schulen als ratsam erweist, aus diesem gewerkschaftlichen Kulturfonds Stipendien für den Besuch der Akademie der Arbeit, der staatlichen Wirtschaftsschulen und für den Studienaufenthalt im Ausland verliehen werden. Wanderlehrer wären anzustellen, um auch den örtlichen Mitgliedschaften gediegene Bildungsveranstaltungen zu bieten. Eine systematische Leitfadensliteratur für die wichtigsten Wissensgebiete könnte herausgegeben werden. Und es bliebe immer noch genug übrig, um den dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften entsprechend ihrer Mitgliederzahl für ihre etwaigen Sonderbildungsbestrebungen Zuschüsse zu gewähren.

Die Auswahl der Schüler, ihre Verteilung auf die einzelnen Verbände, die Aufstellung der Lehrpläne usw. sind alles Fragen zweiten Grades, die ohne besondere Schwierigkeit gelöst werden können, sobald der finanzielle Untergrund gesichert ist.

Und den notwendigen finanziellen Untergrund schafft ohne weiteres die Kulturmark.

Wann wird man diesem Gedanken nähere treten? —

halten wurde. Aber eben in diesen Betrieben, wo der Achtstundentag beibehalten wurde, ist eine nennenswerte Steigerung der Arbeitsleistung gegenüber der erwähnten früheren Zeit zu verzeichnen.

Der Weg des Unternehmertums also führt nicht zur Befreiung Deutschlands, sondern zu neuen inneren und äußeren Gefahren. Nur durch möglichste Vervollkommnung der Technik, beste Organisation des Arbeitsprozesses, durch Erzeugung höchster Wertgüter unter Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter und Ermöglichung voller Arbeitsfreudigkeit ist die Erneuerung der deutschen Wirtschaft und die Befreiung Deutschlands vom Druide der Siegerstaaten möglich. Dem Unternehmertum sollte das Gefährliche seiner Wirtschaftspolitik vom Reichswirtschaftsministerium bei jeder Gelegenheit dargelegt werden. Das Reichsarbeitsministerium und die amtlichen Schlichtungsstellen sollten im gleichen Sinne wirken. Das Streben des Unternehmertums nach Verlängerung der Arbeitszeit müßte von Amts wegen zum Wohle der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes in die Schranken zurückgewiesen werden. Es geht nicht an, die Reparationslasten einzig und allein dem arbeitenden Volke aufzubürden. Das Unternehmertum muß seine Betriebe auf allen Gebieten möglichst vollkommen gestalten. Dort liegt der Weg zur Rettung Deutschlands.

Ein historisches Dokument.

Zu Ruh und Lehre unserer jüngeren Verbandskollegen bringen wir als Ergänzung des Leitartikels in Nummer 30 des „Maler“ die „Inauguraladresse“, jene große von Karl Marx verfaßte Prinzipienklärung, zum Abdruck, mit der sich die erste Internationale vor 60 Jahren an die Arbeiter aller Länder wandte:

In Erwägung,

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, der Anechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, untergeordnet ist;

daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes, und unter der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, die alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellen Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen weckt, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen einen Rückfall in die alten Irrtümer, und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegungen drängt;

aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiterassoziation gestiftet worden.

Sie erklärt:

daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität. Sie betrachtet es als Pflicht eines jeden, die Menschen- und Bürgerrechte nicht bloß für sich zu verlangen, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut. Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten.

Die Inauguraladresse kommt in der programmatischen Literatur des Marxismus an Bedeutung gleich dem „Kommunistischen Manifest“, das 1847, am Vorabend der deutschen Revolution, erschien und mit der Mahnung schloß: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Beide Dokumente sind in vielen Teilen aktuell für die Kämpfe und Ziele des Proletariats, als wären sie erst gestern geschrieben worden.

Lohnbewegungen.

Die Differenzen der Löhner in den Opelwerken zu Ruffelsheim sind mit Erfolg für die Löhner beigelegt.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Bauunternehmer verlangen Arbeitszeitverlängerung. In Hamburg hat der Unternehmerverband für das Beton- und Tiefbaugewerbe gelangt, der sich nach dem bekanntgegebenen Bericht auch mit der Arbeitszeitfrage im Baugewerbe beschäftigt hat. Die Bauunternehmer, die in den letzten Monaten die Verlängerung der Arbeitszeit anstrebten und dadurch lange Arbeitszeitkämpfe in allen Teilen Deutschlands provozierten, wollen nicht locker lassen und einen neuen Vorstoß für die Verlängerung der Ar-

beitszeit im Baugewerbe unternehmen. Sie geben der Reichsregierung schuld, daß durch ihren Einfluß Ende März 1924 der Reichstarif für das Baugewerbe nicht mehr erneuert worden ist, und wenden sich gegen die geltende Arbeitszeitverordnung. In dem Bericht wird darüber gesagt:

„Nachdem durch einen Beschluß des Reichswirtschaftsrates für die Bauvorfahrt im Sommer die neunstündige Arbeitszeit empfohlen war, nachdem auch in andern Ländern für die Saisonbetriebe besondere Ausnahmen geschaffen waren, wäre es das Gegebene gewesen, in der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 ebenfalls eine ausdrückliche Regelung für die Saisonbetriebe zu treffen. Das ist nicht geschehen. Eine Regelung ist zwar zulässig, aber nur durch Tarifvertrag, das heißt, sie muß mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Der Versuch, zu einem Tarifvertrag zu gelangen, hat im Jahre 1924 unendliche Arbeitskämpfe und zahllose Verhandlungen ohne jedes Ergebnis zur Folge gehabt. Auch das wiederholte Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums und schließlich ein für das ganze Reich erlassener Schiedsspruch waren ergebnislos. Der Grund liegt darin, daß dem Tarifvertrag etwas zugunsten wird, was er nicht leisten kann. Die Gewerkschaften sollen eine Theorie aufgeben oder durchlöchern, an der die bekanntlich sehr radikalen Bauarbeiter mit Fähigkeit festhalten.“

Es wäre zum Abschluß eines neuen Reichstarifs für das Baugewerbe gekommen, wenn die Unternehmer nicht in der Arbeitszeit und in andern Fragen Unannehmliches von der Arbeiterschaft gefordert hätten. Deshalb ist es auch auf ihr eigenes Verschulden zurückzuführen, wenn während der Sommermonate immer neue Arbeitskämpfe im Baugewerbe ausbrachen. Da nun die Unternehmer eingesehen haben, daß sie weder auf dem Wege der Tarifverhandlungen noch durch Aussperrungen die Bauarbeiter zu einer längeren Arbeitszeit zwingen können, wollen sie, daß

eine eindeutige und unmittelbare Regelung durchgeführt wird, die sich nicht darauf beschränkt, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Regelung zu überlassen, sondern für die Bauarbeiter eine Arbeitszeit vorschreibt, die dem Baugewerbe für die genannten Arbeitszeitausfälle und die gleichzeitig der Kollage der Wirtschaft Rechnung trägt.

Es ist selbstverständlich, daß die Bauunternehmer als Begründung für diese Verlängerung der Arbeitszeit nicht etwa den kapitalistischen Profit, sondern das „Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft“ ins Treffen führen. Deshalb könne sich auch die Reichsregierung und der Reichstag dem „ersten Appell“ der Bauunternehmer nicht verschließen. Man will also nichts weniger als die Bauarbeiterschaft gesehlich zur neunstündigen Arbeitsleistung zwingen. Nun, so schnell schließen bekanntlich die Preußen nicht. Die Bauarbeiter werden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren wissen.

Gewerkschaftliches.

Karl Winkelmann, der Vorsitzende des Böttcherverbandes, ist nach längerer Krankheit am 28. September im Alter von 59 Jahren in Bremen gestorben. Schon unter dem Sozialistengesetz war Winkelmann in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung tätig und überall hat er seinen Mann gestanden. Von dem Vertrauen, das er bei seinen Berufskollegen genoss, ist wohl der beste Beweis, daß er über 27 Jahre Vorsitzender seiner Berufsorganisation gewesen ist. Die Arbeiterklasse wird das Andenken des Verstorbenen, dessen ganzes Leben nur der Arbeiterbewegung gewidmet war, allezeit in Ehren halten.

Der 15. Verbandstag der Maschinisten und Seizer tagte in Breslau. In zweitägiger Arbeit konnte die Tagesordnung erledigt werden, weil ein sogenannter „Akteilensauschuss“ alles Notwendige gut vorbereitet hatte. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Verband die schlimmste Zeit der Inflation ohne große Erschütterungen überstanden hat. Die Mitgliederzahl betrug 1922 100 927, 1923 99 013. Die Ausgaben, unter denen die für Lohnkämpfe an erster Stelle standen, entsprachen den Einnahmen. Unter den sonstigen Punkten nahm die Frage der Berufsbildung einen erheblichen Raum ein. Beschlossen wurde, weiter anzustreben, daß innerhalb der Betriebsräteorganisation des ADGB eine 16. Gruppe für die kraftzerzengende Industrie geschaffen wird. Das steuerfreie Einkommen soll erhöht werden. An die Stelle der Arbeitslosenfürsorge soll die Arbeitslosenversicherung treten. Die Verbandsbeiträge wurden nach Verdienstgrenzen auf 50, 60, 70, 80 M und 1 M festgesetzt. Den Beiträgen sind die Unterstützungssätze angepaßt. Statut und Beiträge treten am 1. Oktober 1924, die Unterstellungen am 1. Januar 1925 in Kraft. Mit allen gegen 2 Stimmen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich auf seiner sechsten statgeordneten Tagung außer inneren organisatorischen Fragen auch mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage, dem Dawes-Gutachten, dem Kampf um den Achtstundentag und der Tarifpolitik beschäftigte, nahm einstimmig folgende Entschlüsse an:

Die Grundgebungen der deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitszeitfrage bedeuten eine offene Kampfansage gegen den Achtstundentag, den zu befestigen die Arbeitnehmer seit geraumer Zeit bestrebt sind. Um so mehr haben alle Metallarbeiter Deutschlands die Pflicht, in einmütigem, organisatorischem Zusammenschluß und solidarischen Wirken die achtstündige Arbeitszeit zu sichern und dort, wo der Achtstundentag unter der Nachwirkung des Ruhrkampfes und der Inflationzeit vorübergehend verloren ging, alle Kräfte zu seiner Zurückgewinnung heranzuziehen. Der erweiterte Beirat des DMB, unterstützt einmütig den vom Ausschuss des ADGB zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gestellten Beschluß, über den Achtstundentag einen Volksentscheid herbeizuführen, und fordert alle Kollegen im Lande auf, sowohl die materiellen Mittel zu seiner Durchführung zu sichern, wie beim Volksentscheid selbst dem Achtstundentag zum Siege zu verhelfen. Gegenüber den Absichten der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Kreise, die Vornahme des Volksentscheides über den Achtstundentag zu

verschleppen, fordert der erweiterte Beirat des DMB nachdrücklich die Durchführung des Volksentscheides in kürzester Frist.

Die von der Reichsregierung zugunsten der agrarischen Kreise dem Deutschen Reichstag unterbreitete Schutzollvorlage bedeutet eine stärkere Belastung der wertvollen Schichten, die dahin führt, den Daseinskampf der Arbeiterklasse weiter zu erschweren und ihre Lebenshaltung noch mehr herunterzudrücken. Der erweiterte Beirat des DMB erhebt gegen die Schutzollvorlage den schärfsten Protest. Er fordert die Arbeiterklasse zum einmütigen Zusammenwirken auf, um sowohl diese Vorlage zu beseitigen, wie alle schutzollnerischen Bestrebungen ähnlicher Art zurückzuweisen. — Des Weiteren erklärt der Beirat, daß es für den Verband und seine Organe unzulässig ist, sich korporativ der FMS anzuschließen beziehungsweise ihr aus Verbandsmitteln Gelder zuzuführen.

Der internationale Buchdruckerkongress, der im Anschluß an den Verbandstag des Buchdruckerverbandes in Hamburg tagte, war von 30 Delegierten aus 17 Ländern besucht. England und Amerika sind noch nicht angeschlossen. Aus dem Bericht des Sekretärs, der nach eingehender Debatte einstimmig gebilligt wurde, ging hervor, daß in den letzten Jahren die internationalen Beziehungen gute Fortschritte gemacht haben.

Bei der Behandlung der Hilfsarbeiterfrage wurde auf den früheren Beschluß auf Förderung des Zusammenschlusses aller graphischen Arbeiter in einem Industrieverband verwiesen. Es habe sich jedoch gezeigt, daß der Gewerkschaft des Industrieverbandes nur wenig Verwirklichung gefunden hat. Das Sekretariat empfahl dem Kongress folgende Richtlinien zur Annahme:

1. Die Aufnahme des Buchdruckerhilfspersonals in die Berufsverbände ist im Interesse der Geschlossenheit, der erproblichen Zusammenarbeit und in Anbetracht der technischen Entwicklung als erstrebenswertes Ziel zu betrachten.
2. Da, wo festgelegte Hilfsarbeiterorganisationen bestehen, kann die Aufnahme von Buchdruckerhilfspersonal in die Berufsverbände nur mit Zustimmung der betreffenden Hilfsarbeiterorganisationen erfolgen.
3. Der Anschluß des Buchdruckerhilfspersonals an das Internationale Buchdruckersekretariat kann nur im Rahmen des Berufsverbandes in Frage kommen.

Diese Richtlinien wurden einstimmig angenommen. In der Offizierfrage nahm der Kongress eine Entschliebung an, in der unter anderem festgestellt wird, daß der Offizierdruck nicht lediglich zum Eindruck gehöre, sondern Gemeinschaftsgut für Steindrucker und Buchdrucker sei. Die Entschliebung soll als Grundlage einer internationalen Verständigung dienen. Der Kongress sprach sich ferner für die Aufrechterhaltung des Auktionswesens und die Ratifizierung der Washingtoner Konvention aus. Des Weiteren für die Unterstützung der Anti-Kriegskampagne.

Als Sitz des Sekretariats wurde wiederum die Schweiz gewählt.

Sozialpolitisches.

Steigende Getreidepreise. Noch ist die die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückende Zollvorlage nicht durchgesetzt und trotzdem ist bereits in den verflohenen drei Sommermonaten der Zentner Getreide um mehr als 50 M teurer geworden. So steigt der Doppelzentner Roggen um 75 M über dem Vorkriegspreis, Weizen um mehr als 40 M. Gegenüber Anfang Juli ist der Roggenpreis um rund 107 M pro Doppelzentner, also um mehr als 50 M pro Zentner gestiegen. Folgende Preise wurden an der Börse notiert:

Untliche Produktenpreise in Goldmark je Tonne:

	Weizen	Roggen	Haber	Sommergerste
1. Juli	139-144	127-134	124-124	138-147
31. Juli	185-190	137-143	147-153	162-171
1. September ..	208-213	170-176	159-169	205-216
1. Oktober	237-245	234-242	186-194	225-250
Vorkriegspreise				
Durchschn. 1913	190,8	164,4	162,2	192,8*

Mit dem schlechten Ausfall der Ernte in Nordwestdeutschland kann diese wahnwitzige Preissteigerung nicht erklärt werden. Denn dem großen und bedauerlichen Fehlschlag, den hier der Ackerbau im letzten Jahre erlitten hat und der vorwiegend gerade die Bauernschaft trifft, steht eine um so bessere Ernte auf den leichteren Böden Ostelbiens gegenüber. Ganz offenkundig spielt bei der Preisbildung für Getreide die Hoffnung der Spekulanten mit, daß die Getreidezölle trotz der ungeheuren Verteuerung des Brotgetreides infolge geringerer Vorräte am Weltmarkt doch noch durchgehen werden. Das würde zur Folge haben, daß dann Getreide und Brot ziemlich genau doppelt so teuer werden würden, wie vor dem Kriege!

Das ist der Erfolg der Politik eines Ministeriums, das für die Ernährung verantwortlich zeichnet und die Berechtigung dafür dadurch nachweisen will, daß es den weitaus überwiegenden Teil des deutschen Volkes dem Hunger preisgibt. Und wer ist schuld an diesen Zuständen? Alle diejenigen, die am 4. Mai bei der Reichstagswahl so verblendet und töricht waren, ihre eigenen Schlichter zu wählen.

Verbilligungsmassnahmen der Regierung. Im Frühjahr dieses Jahres wurde durch die Kreditrosselung der Reichsbank eine gewaltsame Herabsetzung der Preise erzwungen. Aus Mangel an flüssigen Mitteln mußten viele Warenbesitzer ihre Waren zum Selbstkostenpreis oder sogar unter dem Selbstkostenpreis verkaufen. Auf die Produktion wirkte dies hemmend, da niemand gerne mit Verlust arbeitet. Ein Teil der Werte, darunter auch manche Rohstoffe (Sägewerke, Ziegeleien) wurden stillgelegt. Infolgedessen entstand teilweise eine Warenknappheit, die in der letzten Zeit bereits wieder Preissteigerungen zur Folge hatte. Auch die Rohstoffe haben in letzter Zeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen wieder beträchtlich im Preise an-

gezogen. Die Reichsregierung sucht nun der Preisfestsetzung abermals entgegenzuwirken beziehungsweise eine Herabsetzung der Preise zu erreichen. Als Mittel hierfür sieht ihr Programm vor: Ermäßigung der Gütertarife um 10 %, Herabsetzung des Zuschlages für gedeckte Wagen um 50 %, Herabsetzung der Kohlenpreise um 10 %, Ermäßigung der Postanweisungs- und Postschickgebühren, Erhöhung des zur Diskontierung zugelassenen Wechselkontingents der Reichsbank um 10 %, Verlängerung der Laufzeit für Warenwechsel auf drei Monate. Herbeiführung normaler Kreditprovisionen, Herabsetzungen der Umsatzsteuer von 2 1/2 auf 2 % und der Gesellschaftssteuer von 7,5 auf 5, von 4 auf 2,5 und von 8 auf 2 %, ferner Herabsetzung der Wertpapiersteuer.

Nach einer amtlichen Mitteilung erwartet die Reichsregierung, daß die gesamte private Wirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung der Preise folgen werde. Wir fürchten, daß dies nur insoweit geschehen wird, als Warenangebot und Warennachfrage zu einem preiswerten Verkauf der Waren zwingen beziehungsweise soweit die Warenbesitzer auch weiterhin infolge Mangels an Betriebskapital ihre Warenbestände abstoßen müssen. Auf dem Baumstoffmarkt hat sich bis jetzt unseres Wissens nur die Zementindustrie zu einer fünfprozentigen und die Kalkindustrie teilweise zu einer neunprozentigen Preisherabsetzung entschlossen. Ob durch die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen eine Senkung der Lebensmittelpreise zu erwarten ist, ist ganz besonders zweifelhaft, solange die Landwirtschaft in Gestalt von Böden auf die Hilfe des Reiches zur weiteren Fortsetzung der Preise rechnen darf. Schon in den letzten Monaten sind bekanntlich die Preise für Lebensmittel in Erwartung der Bülle bedeutend gestiegen.

Die Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten hat sich den vorliegenden statistischen Angaben zufolge in Deutschland, England und Belgien erhöht. Die deutsche Statistik ist bekanntlich nicht umfassend. Das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Monaten Juli-August ist aber bekannt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in England im Juli 1.135.351 und im August ist sie noch weiter gestiegen. Gegenüber den Vormonaten zeigte sich eine Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. In Belgien war die Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den Monaten Juni und Juli nicht sehr erheblich und dürfte im Monat August wieder ausgeglichen sein. Die Arbeitslosenstatistik der nordischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen berichten über wesentliche Verbesserung des Arbeitsmarktes. Im Sommer war in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit seit 1920 am geringsten. Der Prozentjah der Arbeitslosen betrug im Juli in Dänemark 5,3, in Norwegen 6,1, in Schweden 7,3 %. Allerdings ist die Verringerung der erhöhten Sommerbeschäftigung zuzuschreiben. Die Sommermonate haben die Arbeitslosigkeit auch in Holland und in der Schweiz gesenkt. In den beiden Ländern ist jetzt die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Winter und auch dem Sommer des vorigen Jahres sehr wesentlich zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Juli in der Schweiz 10.939, in Holland 18.225. In Oesterreich ging die Zahl der Arbeitslosen in den Sommermonaten ebenfalls zurück, sie hat sich jedoch Ende August wieder erhöht.

Ueber die Preise für Bedarfsartikel des Haushaltes vor 10 Jahren und jetzt bringt das „Braunschw. Wochenbl.“ eine Vergleichsaufstellung, aus der zu ersehen ist, daß die Weinhandelspreise heute weit höher sind als vor dem Kriege. Nur eine kleine Zahl von Dingen ist billiger geworden. Legt man den Goldwert der Preise von vor 10 Jahren, vom Juli 1914, mit 100 zugrunde, so kostete im Juli 1922, abgesehen von Gemüse mit dem Zwei- und Mehlfachen, am meisten ein Männerflanellhemd mit 198. Es folgen Eier 173, Schulanzug 166, Steintofen 165, Weisheit 158, Jucker 157, Besohlen 157, Frauenhemd 156, Kochgas 154, Butter 153, Herrenanzug 151, Bekleidung 145, getauchter Speck 144, Heizung und Beleuchtung 143, Vollmilch 140, Schweineschmalz 137, Kinderstiefel 134, Leuchtmittel 132, Lebenshaltung ohne Wohnung 131, Frauenstiefel 131, Flanellbluse 130, Unterrock 130, Frauenstrümpfe 130, Dörrbohnen 129, Bajschluse 128, Speisebohnen 127, Ernährung 126, Torf 126, Männerstiefel 126, Mädchenkleid 125, Schellfisch 124,5, Socken 122, Schweinefleisch 119, Lebenshaltung 116, ohne Bekleidung 112, Erbsen 111, Strom 109, Rindfleisch 106, Salzhering 102. Genau den Friedenspreis haben nur Graupen. Darunter stehen Roggenbrot mit 99, Weizengrieß 96, Vollreis 95, Frauenstiefel 94, Roggenmehl 93, Weizenmehl 91, Margarine 83, Aubeln 71, Wohnung 69.

Fachtechnisches. Zeitgemäße Holzmalerei.

Am 25. September hielt Herr F. Schott, Inhaber und Direktor des Maler-Technikums Schwerin in Mecklenburg, vor Hamburger Kollegen einen Vortrag über das Thema:

„Die Holz- und Marmormalerei, ihre zeitgemäße Verwendung und erzieherische Wirkung in der Praxis.“

Herr Schott verband seinen Vortrag mit zeichnerischen Darstellungen seines eigenen Lehrsystems „Positiv“ an der Wandtafel. Um es gleich vorweg zu nehmen: Herr Schott, der ein fesselnder Redner ist, fand ein sehr aufmerksames Auditorium. Insbesondere aber war es die verständnisvolle zupackende Art, in die der Fachlehrer sein System zur Erläuterung der gesamten Holzmalerei gebracht hat. Und jeder Zuhörer, auch der jüngste Lehrling, mußte unwillkürlich das Empfinden haben: „An Hand eines solchen systematischen Aufbaues und unter der Anleitung eines so hervorragenden Fachlehrers macht mir die Erlernung der Holzmalerei keine Schwierigkeiten.“ Dieses Empfinden kam am Schluß des Vortrages auch recht deutlich zum Ausdruck.

Die bekannten großen Erfolge, die Herr Schott in der Ausbildung seiner Schüler auf seiner Schule in Schwerin sowohl als auch in den kurzfristigen Kursen verschiedener Städte erreicht hat, sind aber auch sicherlich zum großen Teil auf die Eigenart der Übertragung seines Wissens und handwerklichen Kunst auf die Lernenden zurückzuführen. Herr Schott ist eben nicht nur praktischer Fachlehrer, sondern auch Pädagoge, der es meisterhaft versteht, dem Verständnis seiner Schüler nahezukommen.

Unsere Hamburger Kollegen hatten den dringenden Wunsch, Herrn Schott auch für einen vierzehntägigen Kursus in Hamburg zu verpflichten. Leider mußte er wegen bereits übernommener Verpflichtungen in Harburg und Lüneburg für dieses Jahr ablehnen, zumal ihn auch vom 1. Dezember an die Schule in Schwerin für die Wintermonate voll im Anspruch nimmt.

Dem Prospekt dieser Schweriner Malerschule entnehmen wir, daß seit 1908 circa 2000 Schüler des In- und Auslandes die dort geführten Spezialkurse absolviert haben. Ganz besonders wollen wir unsere Kollegen aber auch auf den „Fernunterricht für Holzmaler“ hinweisen, der unter der persönlichen Leitung des Herrn Schott steht. Der Fernunterricht erfolgt mittels „Unterrichtsbücher“, die, in umfangreichem Format gehalten, ganz ausführliche Anleitungen und Anweisungen an den Schüler enthalten. Den Unterrichtsbüchern liegen Anschauungstafeln von Schotts System „Positiv“ über sämtliche Holzarten bei. Herr Schott war so freundlich, uns den ersten Unterrichtsbrief zur Durchsicht zur Verfügung zu stellen. Wir entnehmen diesem Unterrichtsbrief zum Beispiel folgende Übungsanweisungen:

1. Konstruktion zur Grundform und Charakterdarstellung von Kiefer und Eiche.
2. Naturstudien der Charakterunterschiede der Hölzer beziehungsweise ihrer Naturgesetze.
3. Zeichnen flatter Grund- und Charakterformen der Hölzer nach Schönheitsregeln.
4. Malen flatter Kernmaserpartien in Oelfarbe.

Es ist gar keine Frage, bei ernstem Willen ist es möglich, an Hand des Schottischen Systems auch im Fernunterricht die Holzmalerei zu erlernen. Freilich die Worte, die am Anfang des ersten Unterrichtsbriefes stehen, sind wahr: „Es fällt kein Baum auf einen Nabel und auch kein Meister vom Himmel.“ — Wo aber ein unbeugsamer Wille ist, da ist auch ein Weg zum Erfolg.

Zur weiteren Orientierung unserer Kollegen seien auch die Honorarfäge genannt, die als nötig bezeichnet werden müssen: Bei Matenanzahlung beträgt die Gesamtsumme 80 M., davon Anzahlung 25 M. und monatliche Matenanzahlung von 5 M. Bei voller Vorauszahlung anstatt 80 M. nur 66 M. Für Kollegen, die den Nachweis ihrer Organisationszugehörigkeit einbringen (Stempel der Filiale), ermäßigen sich die Honorarfäge um 5 M., bei der ersten Anzahlungssumme um 10 M. Für die Lösung der Aufgaben und Einreichung zur Korrektur steht den Schülern eine beliebig lange Zeitspanne zur Verfügung.

Herr Schott gewährt seinen Schülern für obiges Honorar einen fünfjährigen Anspruch auf seine Gegenleistungen.

Zur weiteren Auskunft wird die Schule selbst gern bereit sein. Briefanschrift: Mecklenburger Maler-Technikum, Schwerin in Mecklenburg.

Vom Ausland.

Schweizerischer Gewerkschaftskongress.

Der Gewerkschaftskongress, der vom 13. bis 15. September in Lausanne tagte, zeigte, dass auch in der Schweiz eine Beruhigung der Arbeiterschaft eingetreten ist. Dies trat schon gleich beim Berichte des Vorstandes in Erscheinung. Es war betont worden, dass die Gewerkschaften bei Fragen, die über das gewerkschaftliche Gebiet hinausgehen, in erfolgreicher und freundschaftlicher Art mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen gearbeitet haben; dass auch mit der Kommunistischen Partei zusammen gearbeitet wurde, wurde mit 136 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Ueber einen Antrag zur Herbeiführung der Einheitsfront wurde mit 118 gegen 22 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

Die verschiedenen Punkte der Tagesordnung waren durch das Bundeskomitee und durch den Ausschuss, in dem jede angeschlossene Organisation vertreten ist, sorgfältig vorbereitet worden und konnten daher in kurzer Zeit erledigt werden. So wurde das neue Minimalprogramm, das in eingehender Weise zu allen gewerkschaftlichen Fragen Stellung nimmt, fast ohne Diskussion angenommen. In einer ausführlichen Resolution wurde der feste Wille zum Ausdruck gebracht, an der 48-Stunden-Woche, die die Schweizer Arbeiter in der Volksabstimmung vom 17. Februar d. J. in so glänzender Weise verteidigt haben, unter allen Umständen festzuhalten. Auf sozialpolitischem Gebiete wurden eine Anzahl Forderungen festgelegt; man verlangte ein Gewerbesgesetz, ein Gesetz über die Berufsbildung, ein Gesetz über die Heimarbeit und das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien; Anträge, die sich auf Erhöhung der Beiträge, Schaffung einer zentralen Widerstandskasse und Ausbau des Sekretariats des Gewerkschaftsbundes bezogen, wurden dem Gewerkschaftsausschuss zur näheren Prüfung überwiesen. Der Kongress sprach sich auch für eine gewerkschaftliche Zusammenfassung in der Form von Industrieverbänden aus.

Literarisches.

Die internationale Sozialgesetzgebung. Von J. Dubogesch. Soeben in eine circa 100 Seiten starke Broschüre über die neuen Tendenzen der Sozialgesetzgebung erschienen, die den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. Dubogesch, zum Verfasser hat. Die Schrift ist hauptsächlich für ein internationales Publikum bestimmt. Der Verfasser legt vor allem dar, wie eine Sozialgesetzgebung, die den Forderungen der Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit entsprechen soll, beschaffen sein muß. Es genügt nicht, daß die reaktionären Maßnahmen der Unternehmer und Regierungen abgewehrt werden, sondern es muß

gleichzeitig mit dem Aufgebot aller Kräfte für den Ausbau der Sozialgesetzgebung Sorge getragen werden. Die Schrift beschäftigt sich ferner in ausführlicher Weise mit dem Verleihen- und Versammlungsrecht, dem Abschlußrecht, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Willkürverbot. Der Broschüre sind Berichte aus 15 Ländern aus der Hand von Fachkundigen über den Stand der Sozialgesetzgebung nach dem Kriege beigelegt. Diese Publikation erscheint auch in französischer, englischer und holländischer Sprache. Der Preis der deutschen Ausgabe beträgt 2 M. Bestellungen für die deutschsprachigen Länder nehmen entgegen: Dänemark: Bog- og Papirhandelen „Kramad“, Frederiksbergsgade 23, Kopenhagen. K. Deutschland: Verlagsgesellschaft des VDBV, Berlin S 14, Inselstr. 6. Jugoslawien: „Nasa Snaga“, Llica 66, Zagreb. Belgien: „Kultur- und Bildungsvereine“, Paulusstr. Nr. 1, dz. 2, Riga, Luxemburg: Druckeret Gb. Almay, Wilhelmstr. 17, Luxemburg-Batthol. Oesterreich: Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Campendörferstraße 18. Polen: Księgarnia Robotnicza, ul. Wapolska 17, Warszawa. Schweden: Tidens Förlag, Skargardsgatan 13, Stockholm. Schweiz: Coopératives Réunies, rue de la Serre 43, La Chaux de Fonds. Tschchechoslowakei: Ustřední Dolní Knihkupcevi, Hybernska 7, Praha II. Ungarn: „Volksstimme“-Buchhandlung, Erzsébet körút 26, Budapest VII.

„Urania“. Aus der Erkenntnis heraus, daß Bildungszeitchriften des bürgerlichen Lagers das für organisierte Arbeiter wichtige Wissen nicht einmündig vermitteln können und wollen, haben sich arbeitsmäßig gebildete Genossinnen entschlossen, eine Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Jena neu zu begründen, die vom Oktober an eine Monatschrift „Urania“ mit Buchbeilagen herausgibt. Zahlreiche tüchtige Gelehrte, die seit Jahren in der proletarischen Bildungsarbeit tätig sind, haben ihre Mitarbeit zugesagt. Das erste Heft der „Urania“ liegt bereits in geschmackvollem Gewande, auch drucktechnisch gut ausgestattet, vor. Außer den einflussreichen Artikeln von Dr. Frankenberg über „Die kulturelle Bedeutung der Naturwissenschaften“ und von Genossen Feuss über „Was lehrt uns die Gesellschaftswissenschaft“ möchten wir aus der reichen Fülle besonders nennen einen Bericht des Prof. Dr. Schöner über seine berühmten Negerkulturanversuche mit Tieren, die tiefen Einblick in die Geheimnisse des Lebens gefahren, fesselnde Naturbeobachtungen von Professor Cornet Schmitts in den Späterjahren eines Naturforschers, eine Darstellung des Bergabganges der Atomlehre bis hinauf zum „Goldmacher“ Mische vom Schriftleiter der „Urania“, Genossen Märzbach. Dazu noch viele Wissenswerte und Interessante in kleinen Artikeln aus den Bereichen Chemie, und im Beiblatt „Der Arbeit“ Aufsätze mit gut gewählten Bildern über Körperkultur und gesunde Lebensweise. — Diese neue naturwissenschaftlich-gesellschaftliche Monatschrift aus unterm eigenen Lager gehört in jedes proletarische Haus! Bestellungen nehmen alle Parteibuchhandlungen und die Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena (vierteljährlich 1,25 M. oder bei gebundenen Beilagen 1,80 M.), jederzeit entgegen.

Von der „Arbeit“, Beilage für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14) ist jedoch das 2. Heft, auf das bestenfalls, erschienen. Einzelne weiß Prof. Dr. Gost Briefe in seinem Artikel „Begriff und Wesen des Proletariats“ nach das Proletariat zu sein, nicht gleichzeitig mit dem Lande bedeuten muß; der Artikel hat das Wissenschaftswert der Arbeiter. Dr. Ernst Berger, Georg Bernward, Paul Ufermann, G. Coim und Fritz König behandeln Wirtschaftspraxis. Diese unabhängig voneinander geschriebenen Artikel ergänzen sich gegenseitig auf beste, wobei für die Arbeiter sehr beherzigenswerte Mahnungen ausgesprochen werden. Die Konsumvereine behandeln Professor Rob. Wilsbrandt und Aug. Koch in grundsätzliche und sachlich hervorragender Weise. Otto Albrecht schreibt über die Kleinrentenpolitik als Kulturfortschritt. Von Dr. Otto Spemann werden sehr eindrucksvolle Beispiele über Ergebnisse der Arbeitswissenschaft veröffentlicht. Dr. Rogur berichtet über die Auffassung der Beamten vom Koalitionsrecht. Jeder Kollege sollte diese hervorragende wissenschaftliche Beilage lesen. Nur dann wird er nach und nach erkennen, in welcher Weise weiterzuarbeiten ist und wo bisher Fehler unterlaufen sind. Die „Arbeit“ ist Freund, Berater und Helfer aller Arbeiter.

Vom 5. bis 11. Oktober ist die 41. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Danzig. Es starben die Kollegen Leo Schulz am 18. Juli, 36 Jahre alt; Franz Szymanski, am 21. Juli, 72 Jahre alt; Eward Hoffmann, am 28. September, 71 Jahre alt.

Wiesbaden. Am 21. August 1924 starb unser Kollege Karl Kresch im Alter von 66 Jahren an Wassersucht (Zahlsstelle Dohheim). — Am 28. September 1924 starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Zahlsstelle Ludwig Kiliau infolge einer tödlichen Krankheit, die er sich im Kriege zugezogen hat, im Alter von 63 Jahren. (Zahlsstelle Sonnenberg.)
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Ein Monat ist mehr als 10 Jahre!

Sie lernen in einem Monat systematischen Spezialunterricht mehr als in 10 Jahren Durchschnittspraxis. Wir garantieren gewissenhafte, gründliche Ausbildung in allen Spezialfächern, wie: Holz-, Marmor-, Schrift-, Glasvergoldungs-, Dekorations-, Flächenbelebungs- und freie Blumenmalerei, nach unserem seit 1906 glanzvoll bewährten und im In- und Ausland anerkannt gediegenen und bevorzugten Originallehresystem „Positiv“. (Unterrichtsdauer für jedes Fach nur 1 Monat.) — Meister- u. Gehilfenprüfungen. — Eintritt jederzeit. Ausführl. Auskunft, auch über unsere neuen brieflichen Fernunterricht in der Holzmalerei, kostenlos durch die Direktion.
Mecklb. Maler-Technikum + Schwerin I. M. 5.

Malerschule Zimmermann

früh. Kursleiter an der Gewerkschule und staatl. Lanarettchule

holz-Marmor-Schrift

Mannheim-Neckarau

Telephon 3536

Man verlange reich illustrierten Prospekt

Vom Gehilfenverband Mannheim-Ludwigshafen als hochleistungsfähig anerkannt und empfohlen.

Malerschule Buntehude

Altbekannte, größte Fachschule für Dekorationsmalerei
1914 Sib. Medaille. Eintritt jederzeit
Programm durch die Direktion